

Namibia unter Präsident Geingob - eine erste Bilanz

Melber, Henning

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Melber, H. (2015). *Namibia unter Präsident Geingob - eine erste Bilanz*. (GIGA Focus Afrika, 8). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-457443>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Namibia unter Präsident Geingob – Eine erste Bilanz

Henning Melber

Am 25. Jahrestag der Unabhängigkeit (21. März 2015) wurde der 73-jährige Hage Geingob als dritter Präsident Namibias vereidigt. Er gehört der ersten Generation der im Jahr 1960 gegründeten SWAPO (South West African People's Organisation) an und personifiziert damit einerseits Kontinuität. Doch zugleich ist mit ihm ein innovativer Newcomer in der Befreiungsbewegung an der Macht. Nach neun Monaten Amtszeit ist eine erste Zwischenbilanz angebracht, die den ursprünglichen Optimismus durch wachsende Skepsis ersetzt.

Analyse

Geingob wurde mit den bislang meisten Stimmen der Wählerschaft zum Präsidenten gewählt. Angesichts des fortgesetzten Einflusses diverser parteiinterner Fraktionen bleiben aber Zweifel, ob er dadurch mehr Autonomie und Handlungsspielraum besitzt. Bei Amtsantritt kündigte er zahlreiche Reformen an. Jedoch ist seine Rhetorik zum Teil widersprüchlich und eine konsequente Umsetzung seines politischen Programms erfolgte bislang nicht. Die Ergebnisse seiner ersten neun Monate im Amt bleiben angesichts der Ambivalenzen und einer fortgesetzten Klientelwirtschaft hinter den geweckten Erwartungen zurück.

- Geingob hat versucht, seine Machtbasis durch Integration der parteiinternen Konkurrenten zu stärken. Dies erreichte er durch die weitere Expansion von Regierungsämtern auf Kosten eines bereits strapazierten Staatshaushalts.
- Seine Ankündigungen zu verstärkter Transparenz und mehr Effizienz wurden nur teilweise verwirklicht und kontrastierten mit weiteren Zugeständnissen an die bisherige Klientelwirtschaft und einer Aufblähung des Regierungsapparates.
- Die finanziellen Implikationen dieser „integrativen“ Politik lassen die erklärte Absicht zur Armutsbekämpfung als Priorität weniger glaubwürdig erscheinen. Ein zunehmend prekärer Staatshaushalt deutet an, dass die bisherige Regierungsführung unter Geingob keine tragfähige Entwicklung sichert.
- Geingobs Rhetorik wechselt zwischen einem aufgeklärt liberalen, integrativen Politik-Diskurs und einer Positionierung in der Nähe populistisch-radikaler, autoritär geprägter Mentalität panafrikanischer Couleur.

Schlagwörter: Namibia, SWAPO, Geingob, Regierungsführung

Die SWAPO-Super-Dominanz

In seiner Klassifizierung von Vielparteiensystemen führt Basedau (2007: 116 und 117) an, dass diese in gewissem Umfang fragmentiert sein sollten, um eine halbwegs stabile Regierung bei gleichzeitig relativ starker Opposition zu gewährleisten. Im Unterschied dazu ist für ihn eine Partei „superdominant“, falls diese in mindestens zwei Wahlen eine Zweidrittelmehrheit erreicht. Gemäß solcher Zuordnung muss die SWAPO als eine sehr dominante Partei gelten.

Oppositionsparteien blieben in der Gesamtheit des Stimmenanteils seit dem Jahr 1994 bei etwa einem Viertel weitgehend konstant, um schließlich im Jahr 2014 auf ein Fünftel zu schrumpfen. Dabei wurde sogar das Panorama der politischen Opposition von Veränderungen in der SWAPO geprägt. Differenzen und Machtkämpfe resultierten im Jahr 1999 mit der Abspaltung des Congress of Democrats (CoD) und in 2007 mit der Gründung der Rally for Democracy and Progress (RDP) in neuen Parteien. Diese wurden jeweils auf Antrieb zur stärksten Opposition. Deren Gesamtstimmenanteil erhöhte sich dadurch allerdings nicht und beiden Parteien verloren danach drastisch (auch aufgrund eigener parteiinterner Rivalitäten) ihren Einfluss wieder. Die Zersplitterung der Opposition spiegelt sich im Wahlergebnis von 2014 wider. Aufgrund dieser Konstellation, die bei vielen der Oppositionsparteien eine an Lustlosigkeit grenzende Einstellung selbst zu Wahlkampfzeiten erkennen lässt, schlussfolgerte Cooper (2014: 127): „Falls es sich bei dem Prozess der Überwindung einer Ein-Partei-Dominanz um einen Marathon handelt, hat die Opposition in Namibia schon an der Startlinie aufgegeben“.

So spielt sich die Auseinandersetzung um politischen Einfluss ausschließlich innerhalb der SWAPO ab. Fraktionierungen, Machtkämpfe und Rivalitäten manifestieren sich in Versuchen zur Kontrolle des Parteiapparates. Innerparteiliche Besetzung der Ämter und die Nominierung der Kandidaten für Wahlen haben entscheidende Bedeutung für die Politik der Regierung und des Staates. Die innerparteiliche Demokratie könnte so teilweise den Mangel an Alternativen kompensieren. Eine vergleichende Studie der Partei-Wahlkongresse des ANC und der SWAPO des Jahres 2004 stuft den demokratischen Gehalt der SWAPO jedoch als „extrem niedrig“ ein und charakterisiert das Verfahren als „zutiefst undemokratisch“ (Giollabhui 2011: 594 und 595). Das Kontrollzentrum befindet sich ganz eindeutig in der Parteiführung statt in den Reihen der Parlamentarier. Da diese zumeist auch Minister oder stellvertretende Minister sind, gibt es praktisch keinerlei Kontrolle der Exekutive durch die Legislative (Melber 2005).

In der neueren Demokratieforschung werden solche politischen Systeme auch als auf Wettbewerb beruhender Autoritarismus bezeichnet (Levitsky und Way 2002 und 2010a). Sie gelten als am ehesten dauerhaft, wenn sie entlang nicht materieller Ressourcen auf einer ideologischen oder ethnischen Grundlage oder solidarischen Banden basieren, die in der geteilten Erfahrung eines militärischen Kampfes gründen. Revolutionäre Befreiungskämpfe schaffen tendenziell eine Führungsgeneration, die auch die nötige Legitimität besitzt, während Krisenzeiten Disziplin erzwingen. Deshalb scheinen neue herrschende Parteien wie die SWAPO beständiger zu sein (Levitsky und Way 2010b: 44 und 45). Dank

Tabelle 1: Wahlergebnisse für die größeren Parteien 1989-2014*
(absolute Stimmen und prozentualer Anteil)

Partei	1989	1994	1999	2004	2009	2014
SWAPO	384.567 (56,90)	361.800 (73,89)	408.174 (76,15)	620.609 (75,83)	602.580 (74,29)	715.026 (80,01)
DTA	191.532 (28,34)	101.748 (20,78)	50.824 (9,48)	42.070 (5,14)	25.393 (3,13)	42.933 (4,80)
UDF	37.874 (5,60)	13.309 (2,72)	15.685 (2,93)	30.355 (3,71)	19.489 (2,40)	18.945 (2,12)
CoD	-	-	53.289 (9,94)	59.464 (7,27)	5.375 (0,66)	3.402 (0,38)
RDP	-	-	-	-	90.556 (11,16)	31.372 (3,51)

Quelle: Die Daten basieren auf den offiziellen Angaben der namibischen Wahlkommission (<http://www.ecn.na/index>).

* Siehe zu den vollständigen Namen der politischen Parteien Tabelle 2. Durch eine Verfassungsänderung im August 2014 wurde die Zahl der Abgeordneten von 72 auf 96 erhöht. Siehe ausführlicher dazu und zu anderen signifikanten Änderungen im Vorfeld der letzten Wahlen Melber (2015a).

Tabelle 2: Ergebnisse der Parlamentswahlen vom November 2014

Partei	Stimmen (absolut)	Anteil (in %)	Sitze
Swapo Party	715.026	80,01	77
DTA of Namibia (DTA)	42.933	4,80	5
Rally for Democracy and Progress (RDP)	31.372	3,51	3
All People's Party (APP)	20.431	2,29	2
United Democratic Front of Namibia (UDF)	18.945	2,12	2
National Unity Democratic Organisation (NUDO)	17.942	2,01	2
Workers Revolutionary Party (WRP)	13.328	1,49	2
South West African National Union (SWANU)	6.354	0,71	1
United People's Movement (UPM)	6.353	0,71	1
Republican Party (RP)	6.099	0,68	1
Congress of Democrats (CoD)	3.402	0,38	-
Namibia Economic Freedom Fighters (NEFF)	3.259	0,36	-
Monitor Aksie Groep (MAG)	3.073	0,34	-
Christian Democratic Voice Party (CDV)	2.606	0,29	-
National Democratic Party (NDP)	1.389	0,16	-
Democratic Party of Namibia (DPN)	1.131	0,13	-

Quelle: wie Tabelle 1.

der vielfältigen ideellen und materiellen Ressourcen, die der SWAPO aufgrund dieser Konstellation zur Verfügung stehen, kann sie ihre Dominanz nahezu ungehindert verfestigen und Wahlen bereits lange vor dem Wahltag ohne offene Repression oder umfassenden Wahlbetrug für sich entscheiden. Sie ist das Paradebeispiel einer von Greene (2010: 156) beschriebenen Dominanzpartei, die sich sowohl in demokratischen wie autoritären Zusammenhängen behaupten kann (ausführlicher dazu auch Melber 2014, 2015a und 2015b).

Geingobs Weg zur Macht

Der Weg ins höchste Amt des Staates verlief für Hage Geingob deutlich weniger schnörkellos als für seine Vorgänger. Seit dem Jahr 1974 leitete er als hoch besoldeter internationaler Beamter der

Vereinten Nationen das UNO-Institut für Namibia in Lusaka. Mitte 1989 kehrte er als Wahlkampfdirigitor der SWAPO nach Namibia zurück. Er wurde erster Premierminister des Landes und im Jahr 1998 mit der Durchsetzung einer dritten Amtszeit Sam Nujomas betraut. Im Jahr 2002 führte eine Dämpfung durch Sam Nujoma zum Eklat. Vermutlich aufgrund seiner Weigerung, für diesen eine Kampagne zum Präsidenten auf Lebenszeit zu leiten, wurde ihm ein niedrigerer Ministerposten zugewiesen. Stattdessen wechselte er als Exekutivdirektor an die von der Weltbank finanzierte Global Coalition for Africa in Washington, kehrte jedoch im Jahr 2005 als parlamentarischer Hinterbänkler in die Landespolitik zurück. Im Jahr 2007 wurde er zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt und 2008 von Präsident Pohamba zum Handels- und Industrieminister ernannt.

Durch einen zuvor gefassten Beschluss, wonach der Parteivorsitzende nach einer zweiten Amtszeit ausscheidenden Staatspräsidenten als Präsidentschaftskandidat ablösen wird, war die Wahl des/der stellvertretende(n) Parteivorsitzende(n) auf dem Parteikongress im Jahr 2012 von entscheidender Bedeutung. Neben Geingob kandidierten Pendukeni Iivula-Ithana (Partei-Generalsekretärin und Justizministerin) und Jerry Ekandjo (Partei-Sekretär für Information und Minister für Regional- und Lokalverwaltung, Wohnungsbau und ländliche Entwicklung). Geingob gehörte als Damara erstmals keiner Gruppierung mit ethnisch-regionaler Herkunft aus dem Ovamboland an. Iivula-Ithana war die erste Frau und Ekandjo der erste Kandidat, der nicht im Exil, dafür aber zeitweilig als politischer Gefangener auf Robben Island inhaftiert war. Obwohl Präsident Pohamba die Wiederwahl seines Stellvertreters offen unterstützte, rechnete niemand damit, dass dieser auf Anhieb mit 312 Stimmen die absolute Mehrheit erhielt und damit die Wiederwahl sicherte.

Der Wahlkampf der Partei stand im Jahr 2014 unter dem Motto, das Erbe weiterzuführen (*The Legacy Continues*). Die Konterfeis von Sam Nujoma, Hifikepunye Pohamba und Hage Geingob wurden durch den Slogan *Consolidating Peace, Stability, Prosperity* ergänzt. Die Parteipolitik wurde durch die Assoziation von Nujoma mit Frieden, Pohamba mit Stabilität und Geingob mit dem Versprechen auf Wohlstand personifiziert. Mehr als in vielen demokratisch regierten Ländern wurde so auf die Persönlichkeit des vergangenen, gegenwärtigen und kommenden Partei- und Staatsober-

hauptes gesetzt. Das hat seinen Grund: Das Vertrauen in die Person des Amtsinhabers ist in Namibia nach Umfragen des Afrobarometers im August und September 2014 selbst für afrikanische Verhältnisse groß. Die Umfrageergebnisse (unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus dem Jahr 2002 für den ersten Amtsinhaber Sam Nujoma) erbrachten folgende zustimmende Vertrauens- und Leistungsdaten: Nujoma (76 und 78 Prozent), Pohamba (81 und 88 Prozent) sowie Geingob (79 und 89 Prozent) in seiner Funktion als Premierminister (Institute for Public Policy und Afrobarometer 2014a: 2). In allen parallel durchgeführten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erhielt der Präsidentschaftskandidat der SWAPO mehr Stimmen als die Partei. Jedoch war der Unterschied noch nie so deutlich. Geingobs Image als „Einheitsstifter“, das auch offizielles Wahlkampfthema war und den Rückumschlag des politischen Programms der SWAPO schmückte (*Vote Hage Geingob the Unifier*), schlug sich in noch höherer Zustimmung aus und bescherte ihm eine glänzende strategische Ausgangssituation.

Neuer Besen und/oder alter Wein?

Obwohl noch neu im Amt ist offensichtlich, dass sich Geingobs Politik- und Lebensstil deutlich von dem seiner Vorgänger unterscheidet (siehe dazu Melber 2015c). Er ist dabei mit einer Aufgabe konfrontiert, die sein bisher bewiesenes politisches und strategisches Geschick weiter testet. Nicht immer hat er bisher dabei das nötige Fingerspitzengefühl dokumentiert, das ein Staatsoberhaupt inmitten der krassen sozialen Ungleichheitsverhältnisse haben sollte, um auch von den vom gesellschaftlichen Reichtum Ausgeschlossenen Respekt zu erhalten. Sein beeindruckendes Wahlergebnis darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass

er enorme Herausforderungen zu bewältigen hat, was die Erwartungen an eine bessere Zukunft betrifft. Dass er parteiintern nicht alle Führungskader mit Einfluss auf seiner Seite hat, macht es nicht einfacher. Er hat diese Parteifractionen zu integrieren versucht und eine Regierung präsentiert, die mit insgesamt 57 Ministern und deren Stellvertretern (mehr als die Hälfte der 96 gewählten und acht von ihm zusätzlich ernannten Mitglieder des Parlaments) daran zu messen sein wird, ob sie ihr deutlich höheres Gehalt aus staatlichen Mitteln auch im Dienste des Volkes verdient und wert ist. Vier neue Minister und 13 zusätzliche stellvertretende Minister sollen zwar Inklusivität garantieren, belasten aber den Staatshaushalt mit einer nicht geplanten Ausgabensteigerung um 30 Prozent gegenüber den Personalkosten der vorherigen Regierung. Zudem hat er einen großen und hoch bezahlten Beraterstab ins Staatshaus geholt, der als „Küchenkabinett“ gilt. Während Transparenz und Effizienz als Schlagworte en vogue sind, bleiben jedoch Kompetenzen bislang ungeklärt und deren Anwendung lässt auf sich warten. Die Sonderausgaben solcher Personalpolitik haben den ohnehin strapazierten Staatshaushalt weiter belastet. Die Regierung lebt deutlich über ihre Verhältnisse und verursacht dadurch finanzielle Engpässe. Eine ungünstige Handelsbilanz sorgte zudem dafür, dass sich im Mai 2015 die internationalen Finanzreserven auf Importe für sechs Wochen reduziert hatten und seither noch knapper geworden sind. Der Finanzminister musste sich gegen Jahresende kurzfristig um neue Staatsanleihen auf dem Eurobond-Markt bemühen.

Bereits am 31. März hatte Finanzminister Calle Schlettwein den Staatshaushalt 2015/16 vorgelegt. Wie zuvor vermochte auch dieser nicht den dringlichen Prioritäten gerecht zu werden (Brown 2015). Die proklamierte Schwerpunktsetzung auf armutsreduzierte Politik als oberste Priorität ver-

Tabelle 3: Wahlergebnisse der SWAPO und ihres Präsidentschaftskandidaten (1994-2014)*

	1994	1999	2004	2009	2014
SWAPO	73,89%	76,15%	75,83%	75,27%	80,01%
Nujoma	74,46%	76,85%	-	-	-
Pohamba	-	-	76,44%	76,42%	-
Geingob	-	-	-	-	86,73%

Quelle: eigene Darstellung der auf der Basis der in Fußnote 2 angegebenen Quellen.

* Die Daten sind aus verschiedenen auf den offiziellen Ergebnissen basierenden Übersichten in der Broschüre *Celebrating 25 Years of Democratic Elections, 1989-2014* zusammengestellt, die als ergänzende Beilage den Tageszeitungen *Republikein*, *Namibian Sun* und *Allgemeine Zeitung* der Namibia Media Holdings in deren jeweils letzten Ausgabe vor Weihnachten am 23. Dezember 2014 beigelegt war.

liert so an Glaubwürdigkeit unter der Bevölkerung, die weitere Privilegien an die politische Elite ebenso kritisch verfolgt wie die enge Zusammenarbeit mit der neuen schwarzen Wirtschaftselite. Geingob hat mit der Offenlegung seines Besitzes versucht, eine neue Transparenz zu schaffen. Doch bei der Prüfung der vorgelegten Zahlen tauchten Fragen nach der Herkunft seines Vermögens auf, die unbeantwortet blieben. Auch folgten die anderen politischen Amtsinhaber nicht seinem Vorbild. So blieb die seit Jahren im Parlament behandelte Rechenschaftspflicht über Einkünfte von Abgeordneten weiterhin *work in progress* (Institute for Public Policy Research 2015).

Es bleibt abzuwarten, ob Geingobs Position durch den Rücktritt von Parteipräsident Pohamba am 18. April 2015 (vor der turnusmäßigen Neuwahl auf dem Parteikongress 2017) gestärkt wurde. Der parteiinterne Machtransfer war strittig und stieß verfahrensrechtlich auf Kritik. Geingob ist seither Staatspräsident und Präsident sowie Vizepräsident der Partei. Die Personalunion könnte aber auch Indiz seiner Schwäche sein. Der Einfluss einer ihm nicht nur wohlgesonnenen alten Garde bleibt, deren tatsächliche Reichweite allerdings nur schwer einzuschätzen ist.

Auffallend war der Wechsel im offiziellen Diskurs Geingobs. Mit seiner Rede an die Nation zur Parlamentseröffnung Ende April 2015 knüpfte er an die im Wahlkampf propagierte Parole des *unifier* an, indem er das Bild des „namibischen Hauses“ als markante Metapher schuf und seither kultiviert. In diesem Haus soll ihm zufolge für alle Platz sein – obgleich er mit homophobischen Ressentiments und der fortgesetzten Weigerung, den aufseiten Südafrikas kämpfenden Kriegsveteranen wie den SWAPO-Veteranen eine Rente zu gewähren, gleichzeitig auch Gruppen tendenziell ausschließt.

Anders als seine Vorgänger ersetzte Geingob das Bild der SWAPO als Familie und Heimat durch eine parteipolitisch ungebundene Formel. Sein offenerer Duktus hat einige der Dissidenten zurück in die Partei geführt.¹ Auch ernannte Geingob einen altgedienten Oppositionspolitiker zum Berater des Regionalgouverneurs in Kunene, der einzigen Region ohne SWAPO-Mehrheit. Die Re-

gional- und Kommunalwahlen vom 27. November sicherten nunmehr auch dort die Dominanz. 112 der landesweit 121 Mandate in den 14 Regionalräten und 54 der 57 Kommunen gingen an die SWAPO. Die Wahlbeteiligung signalisierte aber eine um sich greifende Apathie.

In außenpolitischer Hinsicht bleibt es schwierig, den Kurs Geingobs einzuschätzen. In seiner Rede der Nation lobte er im gleichen Atemzug die Volksrepublik China, die USA und andere westliche Staaten für die Zusammenarbeit. In seiner Rede beim Gipfeltreffen der Afrikanischen Union (AU) am 14. Juni in Johannesburg pries er Robert Mugabe als Vorbild. Tags zuvor lud er Winnie Mandela nach Namibia ein, um sie für ihre Verdienste im Befreiungskampf zu ehren. In seiner AU-Rede bezeichnete er den Internationalen Strafgerichtshof (ICC), der aufgrund seiner Initiativen gegenüber dem kenianischen und sudanesischen Staatsoberhaupt in die Kritik geriet, als eine Abscheulichkeit (*abomination*), der nicht mehr der eigentlichen Aufgabe gerecht wird. Ende November 2015 kündigte der Regierungssprecher an, dass im Zuge einer Neubestimmung der Außenpolitik auch die Mitgliedschaft im ICC beendet werde. Dies kollidiert mit dem Image des um gute Regierungsführung besorgten Staatsmannes, das auch in der Innenpolitik nicht immer konsequent gepflegt wird. Auf dem Gipfeltreffen des Forums on China-Africa Cooperation (FOCAC) in Johannesburg bezeichnete Geingob in seiner Rede am 5. Dezember die Kritik an Chinas Engagement in Afrika als eine beleidigende Belehrung durch gewisse Länder, die selbst bei der Berliner Konferenz 1884 den Kontinent in Kolonien aufteilten.

Wie weiter mit Namibia?

Sollte Hage Geingob wie sein Vorgänger zwei Legislaturperioden (bis März 2025) absolvieren, wäre er wohl das letzte Staatsoberhaupt der ersten SWAPO-Generation. Trotz der unerwartet hohen Akzeptanz, die sowohl die Partei als auch er selbst bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erzielte, sind die Herausforderungen für seine Amtszeit nicht geringer geworden. Auch die neue Regierung sieht sich mit Problemen konfrontiert, die keinesfalls nur der Langzeitwirkung ei-

¹ Das prominenteste Beispiel war bislang der frühere Außenminister und Führer der Oppositionspartei RDP, der im August 2015 wieder SWAPO-Mitglied wurde und erklärte, dass unter Geingob die alten Bindungen wieder zu ihrem Recht kämen.

ner siedlerkolonialen Gesellschaft in die Schuhe geschoben werden können.

Die neuesten vom Institute for Public Policy and Research (IPPR) in Zusammenarbeit mit Afrobarometer durchgeführten Erhebungen ergeben entsprechende Meinungsbilder.² Während die Bemühungen der Regierung zur Verringerung von Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit kritisch bewertet wurden, waren die Zustimmungsraten zum allgemeinen wirtschaftlichen Management unter den höchsten aller bisher in den Afrobarometer-Umfragen erfassten Ländern. Weitere Ergebnisse der im August und September 2014 in Runde 6 durchgeführten Erhebungen ließen erstaunlich kritische Meinungen zur Regierungspolitik und -praxis erkennen. So fanden 86 Prozent der Befragten, dass die Parteiloyalität bei der Arbeitsplatzvergabe („*jobs for comrades*“) auf Kosten besserer Dienstleistungen einen zu großen Vorzug erhielt. 87 Prozent waren dagegen, dass der Präsident politischen Mandatsträgern und den Managern der staatlichen Betriebe erneut die Gehälter erhöht. 86 Prozent wollten eine Reform der Ausschreibungen öffentlicher Tender, um Nepotismus und Günstlingswirtschaft zu eliminieren und 78 Prozent befürworteten die Einführung eines Grundeinkommens (Institute for Public Policy Research und Afrobarometer 2014b und 2014c).

Das letzte und bisher beste Wahlergebnis kontrastiert mit einer deutlichen Zunahme sozialer Proteste, auch durch einige Aktivisten der SWAPO-Jugendliga. Unmittelbar vor den Wahlen im November 2014 protestierte deren Informationssekretär zusammen mit zwei weiteren Aktivisten gegen die städtische Pfründen- und Vetternwirtschaft bei der Vergabe von und Spekulationen mit Grundstücken in Windhoek durch eine symbolische Besetzung von städtischem Land. Die Abstrafung erfolgte umgehend, indem die Parteispitze die drei suspendierte. In einem Disziplinarverfahren wurden sie zusammen mit dem Vorsitzenden der Jugendliga zur Jahresmitte 2015 ausgeschlossen. Deren Popularität tat dies keinen Abbruch. Sie haben den ökonomischen Ausverkauf durch eine gierige Politikerkaste und eine neue Mittelschicht angeprangert. Das politische Klima charakterisieren sie als eine Kultur der Angst und Einschüchterung. Schon anlässlich ihrer Suspendierung monierte ein Editorial in der partei-

nahen Wochenzeitung *Windhoek Observer* dies als eine für die SWAPO schädliche Fehlentscheidung mit mangelnder Weitsicht. Diese würde die Wahrnehmung bestätigen, dass es sich mittlerweile um eine Partei der Elite handelt, deren Führung den Kontakt zur der Basis verloren habe. Geingob, maßgeblich am Parteiausschluss beteiligt, hat sich seither um eine politische Lösung auf der Ebene des Staatshauses bemüht.

Den Menschen in Namibia bleibt zu wünschen, dass sich Hage Geingob für seine Amtszeit(en) zum Ziel setzt, als guter Präsident im Sinne des Gemeinwohls in die Geschichtsbücher Aufnahme zu finden. Auf dass die so selbstverständliche, aber dennoch fragwürdige Gleichsetzung der Partei mit der Regierung und dem Staat nicht weiter dazu missbraucht wird, dass es Wenigen auf Kosten Vieler gutgeht. Es wird aber noch etwas Zeit brauchen, um verlässlich herauszufinden, was in seiner Krone Glitzer und Tand ist und was echte Juwelen sind.

Literatur

- Basedau, Matthias (2007), Do Party Systems Matter for Democracy? A Comparative Study of 28 Sub-Saharan Countries, in: Mattias Basedau, Gerold Erdmann und Andreas Mehler (Hrsg.), *Votes, Money and Violence. Political Parties and Elections in Sub-Saharan Africa*, Uppsala: Nordic Africa Institute, 105-143.
- Brown, Rowland (2015), *The 2015/16 National Budget: Maxing out the credit card?*, Windhoek: Institute for Public Policy Research (Special Briefing Report no. 8).
- Cooper, Ian (2014), It's My Party: Opposition Politics, Party Motivation and Electoral Strategy in Namibia, in: *Journal of Southern African Studies*, 40, 1, 111-127.
- Elischer, Sebastian (2013), *Political Parties in Africa: Ethnicity and Party Formation*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Giollabhuí, Shane Mac (2011), How things fall apart: Candidate selection and the cohesion of dominant parties in South Africa and Namibia, in: *Party Politics*, 19, 4, 577-600.
- Greene, Kenneth F. (2010), A resource theory of single-party dominance. The PRI in Mexico, in: Matthijs Bogaards und Françoise Boucek (Hrsg.), *Dominant Political Parties and Democracy*.

² Bei 1.200 Befragten wird die mögliche Varianz mit ± 3 Prozent und die Zuverlässigkeit mit 95 Prozent angegeben.

- Concepts, measures, cases, and comparisons*, London und New York: Routledge, 155-174.
- Institute for Public Policy Research (2015), *Asset declarations in Parliament: Too little, too late?*, Windhoek: Institute for Public Policy Research (Perspectives on Parliament, 1).
- Institute for Public Policy Research und Afrobarometer (2014a), *News Release: Trust, approval ratings high for Namibia's president and prime minister following a long trend*, Windhoek: Institute for Public Policy Research, 28. Oktober.
- Institute for Public Policy Research und Afrobarometer (2014b), *News Release: Namibian express strong policy preferences in comparison to the government*, Windhoek: Institute for Public Policy Research, 18. November.
- Institute for Public Policy Research und Afrobarometer (o.J./2014c), *2014 Elections, the Constitution, and Democracy in Namibia. Results from the Round 6 Afrobarometer Survey in Namibia*, online; <www.afrobarometer.org/files/documents/media_briefing/nam_r6_presentation1_elections.pdf> (23. November).
- Levitsky, Steven und Lucan A. Way (2002), *Elections Without Democracy. The Rise of Competitive Authoritarianism*, in: *Journal of Democracy*, 13, 2, 51-65.
- Levitsky, Steven und Lucan A. Way (2010a), *Competitive Authoritarianism: Hybrid Regimes After the Cold War*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Levitsky, Steven und Lucan A. Way (2010b), *Beyond Patronage: Ruling Party Cohesion and Authoritarian Stability*, Paper prepared for the American Political Science Association Annual Meeting, Washington, DC, 2. bis 5. September.
- Melber, Henning (2005), *People, Party, Politics and Parliament: Government and Governance in Namibia*, in: Mohamed Salih (Hrsg.), *African Parliaments: Governance and Government*, Basingstoke: Palgrave Macmillan (auch Cape Town: HSRC Press 2006), 142-161.
- Melber, Henning (2014), *Understanding Namibia. The Trials of Independence*, London: Hurst, Auckland Park: Jacana Media (auch New York: Oxford University Press 2015).
- Melber, Henning (2015a), *Namibia. Gesellschaftspolitische Erkundungen seit der Unabhängigkeit*, Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.
- Melber, Henning (2015b), *Post-liberation Democratic Authoritarianism: The Case of Namibia*, in: *litikon - South African Journal of Political Studies*, 42, 1, 45-66.
- Melber, Henning (2015c), *From Nujoma to Geingob: 25 years of presidential democracy*, in: *Journal of Namibian Studies*, 18, i.E.

■ Der Autor

Dr. habil. Henning Melber, Politikwissenschaftler und Soziologe, leitete die Namibian Economic Policy Research Unit (NEPRU) in Windhoek (1992-2000), war Forschungsdirektor am Nordic Africa Institute in Uppsala (2000-2006) und geschäftsführender Direktor der dortigen Dag Hammarskjöld Stiftung (2006-2012). Er ist Extraordinary Professor am Department of Political Sciences der University of Pretoria und am Centre for Africa Studies der University of the Free State in Bloemfontein. Er ist Managing Co-Editor des Africa Spectrums.

E-Mail: Henning.Melber@dhf.uu.se

■ GIGA Forschung zum Thema

Das Institut für Afrika-Studien (Institute of African Affairs, IAA) befasst sich seit 1963 kontinuierlich mit den Entwicklungen im gesamten subsaharischen Afrika. Als Teil des GIGA ist es Sitz des Sekretariats der Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland (VAD) und im Vorstand der Africa-Europe Group for Interdisciplinary Studies (AEGIS). Zudem agiert das IAA als Mitherausgeber des Africa Yearbook und der im Social Science Citation Index gelisteten Zeitschrift Africa Spectrum.

■ GIGA Publikationen zum Thema

Flemes, Daniel und Elisa Seith (2014), *Südafrikas regionale Herausforderer*, GIGA Focus Afrika, 7, online: www.giga.hamburg/giga-focus/afrika.

Grauvogel, Julia und Christian von Soest (2015), *Die verfehlte Sanktionspolitik des Westens gegen Simbabwe*, GIGA Focus Afrika, 2, online: www.giga.hamburg/giga-focus/afrika.

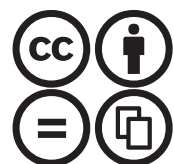
Kappel, Robert (2013), *Südafrika – die Krisensymptome verstärken sich*, GIGA Focus Afrika, 7, online: www.giga.hamburg/giga-focus/afrika.

Polus, Andrzej, Dominik Kopinski und Wojciech Tycholiz (2015), Ready or Not: Namibia As a Potentially Successful Oil Producer, in: *Africa Spectrum*, 50, 2, 31-55.

Southall, Roger (2014), Threats to Constitutionalism by Liberation Movements in Southern Africa, in: *Africa Spectrum*, 49, 1, 79-99.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter www.giga.hamburg/giga-focus und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Afrika wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet. Redaktion: Robert Kappel; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Kerstin Labusga; Kontakt: giga-focus@giga.hamburg; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Studien

IMPRESSUM